



Der Hessen-Streik und seine Lehren

Die Aufgaben der klassenbewußten Gewerkschafter

GLIEDERUNG

Der Heffen-Streik und seine Lehren	1
Die Aufgaben der klassenbewußten Gewerkschafter	1
Die westdeutsche Metallindustrie	1
... und die Lage der Arbeiter	3
Die Unternehmerverbände	3
Die Gewerkschaften	5
Tarifföhne und Istlöhne	5
Über die Entwicklung der Gewerkschaften	7
Die Gewerkschaften seit 1945	8
Ein Beispiel gewerkschaftsreformistischer Denkens	10
Bruch mit dem Reformismus - eine klassenbewußte Gewerkschaftspolitik	11
Der Streik in Heffen	13
Die Taktik der Gewerkschaften	14
Der Verlauf des Streiks	15
Die Rolle der KPD	17
Die SPD	18
Das Urteil der Streikenden	19
Die Lehren	21

+

Der Hessen-Streik und seine Lehren

Die Aufgaben der klassenbewußten Gewerkschafter

Herausgegeben

von der Gruppe Arbeiterpolitik

Der vierwöchige Streik der hessischen Metallarbeiter war der erste bedeutende Streik, der offiziell von der Industrie-Gewerkschaft Metall ausgerufen, geführt und abgebrochen wurde. Von den Bauarbeiterstreiks im vorigen Jahr unterscheidet er sich durch die Zahl der Beteiligten und die Kampfdauer. Das macht den Streik der hessischen Metallarbeiter zu dem entscheidenden gewerkschaftlichen Ereignis in der Bundesrepublik. Das Ergebnis ist ein »Erfolg«, der nicht einmal die Gewerkschaftspitzen befriedigt und von vielen Streikenden als Verrat empfunden wird. Zufrieden sind nur die Unternehmer, die mit Zugeständnissen, die wie eine Verhöhnung wirken, die Gewerkschaftsführer zum Abbruch des Streiks veranlaßten und mit ihrer überlegenen Taktik die Kampfkraft der Mitglieder zu zerlegen versuchten. Deshalb ist eine gründliche Untersuchung der Ursachen und Folgen dieses Streiks notwendig.

Die westdeutsche Metallindustrie . . .

Die vorliegenden statistischen Angaben zeigen, daß sich die westdeutsche Metallindustrie seit der Währungsreform stürmisch aufwärts entwickelt hat. Die gesamte Metallindustrie der Bundesrepublik beschäftigte am 30. Juni 1948 rund 1993000 Personen, am 30. Juni 1951 rund 2635000, das ist eine Zunahme von 32 Prozent in 3 Jahren.

Dementsprechend stieg die Produktion der Metallindustrie laufend. Der Lohnanteil an den Produktionskosten fiel ständig. Rationalisierung und REFA haben das Letzte aus den Arbeitern herausgeholt. Die Indexziffern des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden geben ein Bild von dieser Produktivitätssteigerung.

Produktionsergebnisse je Arbeitsstunde (1936 = 100)			
Industriegruppe	1949	1950	Juni 1951
Eisen- und Stahlerzeugung	75,4	85,7	91,3
Gießereien	94,6	106,3	117,8
Maschinenbau	79,5	89,8	105,0
Fahrzeugbau	73,6	106,1	109,9
Elektrotechnik	81,5	91,6	107,2
Eisen-, Stahl-, Blech-, Metallwaren	76,3	104,3	125,0

Die deutsche Bourgeoisie hat 53¼ Milliarden DM aus der unbezahlten Mehrarbeit der deutschen Arbeiterklasse seit der Währungsreform »herausgewirtschaftet« und zum Auf- und Ausbau ihrer Unternehmen verwandt. Anders ausgedrückt: die von der Arbeiterklasse produzierten Werte sind in Privateigentum der Industrieherrn verwandelt worden.

Hier einige Beispiele aus der heftigsten Metallindustrie, die aus den veröffentlichten Bilanzen zusammengestellt wurden.

Die **Adam Opel AG., Rüsselsheim am Main**, hat in der Zeit von der Währungsreform bis Ende 1949 vorsichtig geschätzt 130 Millionen DM aus der unbezahlten Arbeit ihrer Belegschaft eingesteckt. An Löhnen und Gehältern zahlte sie im gleichen Zeitraum 65,8 Millionen DM.

Bei einer Summe der Löhne und Gehälter von 34,7 Millionen DM zwischen Währungsreform und Ende 1949 haben die **Buderus'schen Eisenwerke, Wehlar**, an »Rücklagen« 28 Millionen DM verbucht.

Die kleine Firma **Collet & Engelhard** hat im gleichen Zeitraum bei einer Lohn- und Gehaltssumme von 1,8 Millionen DM nicht weniger als 2,75 Millionen DM in ihren Betrieb stecken können, die sie aus den Arbeitern herausholte.

Der Geschäftsbericht der **Vereinigten Deutschen Metallwerke, Frankfurt-Heddernheim**, in deren Vorstand der Bundesvorsitzende des deutschen Arbeitgeberverbandes, Dr. Raymond, sitzt, zeigt von der Währungsreform bis zum 20. September 1949 im Kapitel »Anlagevermögen« eine Zunahme von 16,5 Millionen DM. In der gleichen Zeit gab sie ihren »Gewinn« offiziell mit 1,93 Millionen DM an und zahlte an Löhnen und Gehältern 25,8 Millionen DM.

Die **Voigt & Haeffner AG., Frankfurt am Main**, hat von der Währungsreform bis zum 31. Dezember 1949 11,4 Millionen DM an Löhnen und Gehältern gezahlt. Das »Anlagevermögen« und die Reserven nahmen in der gleichen Zeit um rund 13 Millionen DM zu.

Die **Hartmann & Braun AG, Frankfurt am Main**, weist für die Zeit vom 20. Juni 1948 bis 31. Dezember 1949 einen »Reingewinn« von 87881 DM aus. Erläuterliche Befcheidenheit, denn die Rücklagen und Rückstellungen der Firma stiegen um 7,5 Millionen DM, bei einem Aktienkapital von nur 3,6 Millionen DM. In der gleichen Zeit wurden 7 463 000 DM an Löhnen und Gehältern verbucht.

Diese wenigen Beispiele - alle sind den Geschäftsberichten der Firmen selbst entnommen - beweisen zur Genüge, daß die Metallindustriellen märchenhafte Profite machten und machen.

... und die Lage der Arbeiter

Seit der Währungsreform, mit ihrer teilweisen Normalisierung, hat sich der Lebensstandard der Arbeiter dauernd verschlechtert. Wir denken uns auch hier lange Zahlenreihen, weil die Tatsachen jedem Arbeiter hinreichend bekannt sind. Ein Beispiel möge genügen.

Nach den Angaben des statistischen Bundesamtes errechnete die Zeitung der IG Metall am 10. Oktober 1951 einen »Brutto-Durchschnittslohn je geleistete Arbeitsstunde« in DM:

Industrie-Gruppe	1950	Juni 1951	Steigerung in % rund
Eisen- und Stahlerzeugung	1,55	1,82	17,5
Gießereien	1,43	1,69	18
Maschinenbau	1,31	1,57	20
Fahrzeugbau	1,45	1,70	17
Elektrotechnik	1,21	1,42	15
Eisen-, Stahl-, Blech-, Metallwaren	1,21	1,40	16

Demgegenüber erhöhten sich allein zwischen dem 15. Juni 1950 und dem 4. Mai 1951 die Preise in % für

Milchbrot um 40	Schweinefett um 22	Schweinefleisch um 19
Weizengrieß um 52	Weizenmehl um 40	Speiseöl um 47
Haferflocken um 58	Graupen um 43	ulw.

und nach der neuen Preisankündigung der Bundesregierung Zucker um 9 bzw. 10,5%, Margarine und Brot um rund 10%.

Die Unternehmerverbände

Die Unternehmerverbände sind die Organisationen der Unternehmer zum Kampf gegen die Arbeiter. »Arbeitgeber« ist eine irreführende Bezeichnung. Nicht die Unternehmer geben Arbeit, sie nehmen sie. Der Arbeiter, der fälschlich »Arbeitnehmer« genannt wird, nimmt keine Arbeit, sondern verkauft dem Unternehmer seine Arbeitskraft. Der Unternehmer verwendet die gekaufte Arbeitskraft des Arbeiters wie jede andere Ware. Er wendet sie in seiner Fabrik an, um mit seinen Maschinen und Rohstoffen Waren zu erzeugen. Die vom Arbeiter erzeugten Waren gehören dem Unternehmer, nicht dem Arbeiter, der sie produziert, weil die Fabrik, die Maschinen und die Rohstoffe sowie die zum Marktpreis gekaufte Arbeitskraft während der Arbeitszeit das Privateigentum des Unternehmers bilden. Die menschliche Arbeitskraft ist die einzige Ware, die Werte schafft. Die in das Produkt eingegangenen Werte an Rohstoffen, Maschinen, Gebäuden werden nur übertragen, bilden keinen Neuwert. Die Differenz zwischen dem Preis der

Arbeitskraft und dem Preis der von dem Arbeiter geschaffenen Neuwerte eignet sich der Unternehmer an; es ist die unbezahlte Arbeit oder der Mehrwert, aus dem die Profite, die Renten, die Steuern und alle unproduktiven Posten der kapitalistischen Gesellschaft befristet werden. Der Gebrauch der Arbeitskraft ist die Arbeit.

+

Die Zeitschrift »Der Arbeitgeber« vom Juli 1951 bringt eine Rede »Über die politischen Aufgaben der Arbeitgeberverbände«, die der Vorsitzende des Spitzenverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Raymond, am 14. Juni 1951 in einer Mitgliederversammlung in Solingen gehalten hat. Über die Stärke der Arbeitgeberverbände sagte er:

„... Damit komme ich auf das große Gebiet der organisatorischen Maßnahmen, die wir in Erfüllung unserer politischen Aufgaben durchzuführen haben. In allererster Linie ist hier zu nennen der Ausbau unserer Bundesvereinigung selbst, die mit ihren mehr als 800 Mitgliederverbänden und einer Beschäftigtenzahl, welche die Mitgliederzahl der Gewerkschaften hoch übersteigt, die bei weitem umfangreichste Organisation des ganzen Unternehmertums darstellt. Sie umfaßt nicht nur die Industrie in allen ihren Zweigen, sondern auch das Handwerk, den Handel, die Banken und Versicherungen, das ganze übrige Gewerbe und auch die Landwirtschaft. Sie ist somit der ebenbürtige Gegenspieler des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der alleinige Gutachter, den die Regierung aus dem Kreis der Unternehmer bei der Beratung ihrer sozialpolitischen Gesetze heranzieht.

... In erster Linie hat diese Organisation zu wachen über die Erhaltung des Eigentumsbegriffs als eines der Grundelemente unserer christlichen Kultur. ...“

Am 21. April 1951 sagte Dr. Raymond auf einer Unternehmerversammlung in Bonn:

»Wenn es uns nicht gelingt, in gemeinsamer Anstrengung mit den Gewerkschaften die Masse der Arbeitnehmerchaft zum verständnisvollen Mitgehen zu bewegen, dann wird - ich überlege mit Sorgfalt, welches Wort ich nun wähle, meine Herren - dann wird das Verhängnis nicht aufzuhalten sein.«

Nicht weniger aufschlußreich sind folgende Stellen aus der erwähnten Rede Dr. Raymonds in Solingen:

»Wenn das Bild von der geistigen Haltung der Deutschen, als eines dem Kommunismus grundsätzlich gegenüberstehenden Volkes, sich vor aller Welt verwandeln würde in das Bild eines dem Kommunismus grundsätzlich zustrebenden Volkes, dann können wir nicht erwarten, daß das mächtigste Volk jenseits des Atlantischen Ozeans weiterhin bereit ist, für die Freiheit Westeuropas und damit auch unsere Freiheit all die Opfer zu bringen, die es zweifellos bis jetzt gebracht hat. ... Bitte verstehen Sie auch aus diesen Beweggründen heraus meine ständig wiederholte Mahnung zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Sie ist mindestens ein Gebot der praktischen Vernunft. Wir stellen fest, daß zwischen uns und den Gewerkschaften über das Verhältnis zwischen Lohn und Preis und zwischen Gütermenge und Lohn keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen, daß also der von Dr. Agart im Herbst des vergangenen Jahres verkündete unverständliche Standpunkt verlassen ist und beide Partner bemüht sind, zu einer Stabilisierung der Löhne und Preise zu gelangen. In der ersten gemeinsamen Erklärung des paritätischen Ausschusses »Preis und Lohn« haben auch die Gewerkschaften anerkannt, daß es volkswirtschaftliche Verpflichtungen für die Lohnpolitik gibt. ...

Neben der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist aber von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung unserer politischen Aufgabe das Verständnis, das wir für die

Plyde der Massen zu entwickeln imstande sind. Dieses Verständnis ist bekanntlich das Geheimnis der großen Meister der revolutionären Taktik, denn die Masse ist ihr Werkzeug. Heute dient dieses Werkzeug den Gewerkschaften, morgen vielleicht der Sozialistischen Einheitspartei. Seien Sie sich der Gefahr einer solchen Entwicklung stets bewußt, wenn die Massen auf die Straße treten. Operieren Sie dann stets gegen Ihre Führer, nicht gegen die Masse selbst, denn diese steht zwischen uns und ihren Führern, sie kann von beiden Seiten gewonnen werden, wenn auch mit verschiedenen Methoden. . . Vier Monate lang habe ich im vergangenen Winter allwöchentlich in irgendeinem Gebiet der Bundesrepublik über das menschliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Belegschaft gesprochen, und überall ist mir der bereiteste Wille und die größte Aufgeschlossenheit begegnet. Noch niemals in der Geschichte ist das Verhältnis zwischen Unternehmer und Belegschaft ein so gutes, ja so herzliches gewesen, wie gerade jetzt.

Das dürfte genügen, um Stärke, Absichten und Taktik der Unternehmerorganisationen zu erkennen. Im nächsten Abschnitt behandeln wir, wie die Gewerkschaftspolitik seit 1945 dazu beigetragen hat, diese Zufriedenheit der kapitalistischen Unternehmer herbeizuführen.

Die Gewerkschaften

Zahlmäßig stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund eine impotente Macht dar. Er umfaßte am 30. Juni 1951 5857826 Mitglieder. Die Mitgliederzahl hat vom 1. Januar bis 30. Juni noch um 7,5%, um 407836 Mitglieder, zugenommen. Die größte Einzelgewerkschaft, die Industriegewerkschaft Metall, zählte am 30. Juni 1951 1525067 Mitglieder. Sie hatte vom 1. Januar bis 30. Juni einen Zugang von 12,8% oder 173057 Mitglieder. Diese Zahl ist jedoch kein Ausdruck der im Kampf um die Interessen ihrer Mitglieder eingelebten Kraft. Die Gewerkschaften zeigen sich unter ihrer heutigen Führung unfähig, die günstigen Verhältnisse, wie sie durch den starken industriellen Aufschwung und die Einbeziehung der deutschen Wirtschaft in die amerikanische Rüstungskonjunktur entstanden sind, für die Führung von Lohnkämpfen auszunutzen. Die für diesen Aufschwung entscheidenden Arbeiter in Bergbau, Transportwesen und Metallindustrie könnten ausreichende Existenzbedingungen erzwingen, wenn sie sich ihrer Macht bewußt wären. Die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränkt sich jedoch auf Verhandlungen zur Erhöhung der Tariflöhne. Die Erfolge, die bei solchen Verhandlungen erzielt werden, haben nur geringe Bedeutung für die Reallöhne. Sie hinken durchwegs den Preissteigerungen nach.

Tariflöhne und Istlöhne

Die Tariflöhne der Arbeiter der Hauptindustrien sind niedriger als die wirklich gezahlten Löhne. Vor der Währungsreform, als bei dem entwerteten Geld die Löhne keine ausschlaggebende Rolle spielten, mußten die Unternehmer den qualifizierten Arbeitern Löhne bezahlen, die sie an den Betrieb banden. Als die Gewerkschaften nach der Währungsreform mit den Unternehmern zu verhandeln begannen, weigerten sich die sogenannten »Sozialpartner«, die wirklich gezahlten Geldlöhne als Grundlöhne im Tarif anzuerkennen.

Bei den Tarifverhandlungen in der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens, dem »neuesten Erfolg« der IG Metall, wurden z. B. die Ecklöhne von 1,32 DM um 6 Pfg. auf 1,38 DM erhöht. Aber die gezahlten Löhne liegen weit über diesen Tariflöhnen. Auf dem Papier entsteht also ein Erfolg der Verhandlungen der IG Metall. In Wirklichkeit spielen diese 6 Pfg. Eckloohnerhöhung, selbst wenn sie auf den übertariflichen Lohn zugeschlagen werden, eine lächerliche Rolle. Aber die Unternehmer warten nur die günstigste Situation ab, um die »freiwillig« gezahlten Übertariflöhne auf die Tariflöhne zu reduzieren. Tariftreue Gewerkschaften müßten dann ihre Mitglieder anhalten, die Lohnsenkung anzuerkennen. Denn sie ist ja Tarif.

Tarifgebiet	Anfang 1951	Heute
Süd-Baden	1,30	1,36
Bayern	1,36	gekündigt
Bremen	1,40	gekündigt
Hamburg	1,44	gekündigt
Heßen	1,37	1,40
Hannover	1,38	gekündigt
Nordrhein-Westfalen	1,32	1,38
Rheinland-Pfalz	1,37	gekündigt
Schleswig-Holstein	1,31	1,31
Württemberg-Baden	1,45	1,45 + 3 Pfg. Überbrückung
Württemberg-Hohenzollern	1,30	1,35
Berlin	1,33	

Wie groß der Unterschied zwischen tariflichen Ecklöhnen und den tatsächlich gezahlten Istlöhnen sein muß, kann man aus einem Vergleich des auf Seite 3 angeführten »Brutto-Durchschnittslohnes je geleistete Arbeitsstunde, Juni 1950« mit den in nebenstehender Tabelle

aufgeführten Angaben über die **Ecklöhne in der Metallindustrie** ersehen.

In der Metallindustrie gelten noch die meisten Tarife aus der Nazizeit. Nur Einzelheiten wurden geändert, Überstundenbezahlung, Urlaubsfragen usw. Aber auch diese »Verbesserungen« bleiben Papier. Die Arbeiter können mit den unzureichenden Löhnen, auch wenn sie über den Tariflöhnen liegen, ihren Lebensbedarf nicht bestreiten. Daher versuchten und versuchen sie sich unter Mißachtung der Tarife durch Überstunden, Verzicht auf Urlaub, Doppelerwerb und andere Aushillen die Mittel für ihre Bedürfnisse an Kleidern, Wohnungseinrichtung, verbesserte Nahrung usw. zu beschaffen. Da die Gewerkschaften unfähig sind, einen kollektiven Kampf für Löhne zu führen, die ausreichen, um die dringendsten Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen, versucht der einzelne ohne Rücksicht auf seine Kollegen durch individuelle Aktion die fehlende Kollektivaktion zu ersetzen. Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander führt zur Auflösung der Klassenaktion. Moralpredigten nutzen nichts, und die Unternehmer sind die Nutznießer. REFA-Methoden systematisieren diesen Konkurrenzkampf der Arbeiter

untereinander auf das raffinierteste. Leistungslohn wird das Feldgeld der Unternehmer. Die Gewerkschaften glauben dabei mitbestimmen zu können, statt die Konkurrenz der Arbeiter mit ganzer Kraft zu bekämpfen. Was die Unternehmer unter Leistungslohn und Gewinnbeteiligung verstehen, berichtet die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 29. September 1951:

»Professor Dr. K. Schwantag von der Universität Mainz präzisierte die Forderungen, die an ein befriedigendes System der Gewinnbeteiligung zu stellen seien. Er sagte: »Die Gewinnbeteiligung dürfe das Sozialprodukt nicht schmälern, sondern müsse es mindestens erhalten oder steigern. Sie dürfe die Erhaltung der Betriebe nicht gefährden und müsse dem Unternehmer lassen, was er im Interesse der Neuerrichtung oder der Weiterentwicklung seines Betriebes brauche. Die Gewinnbeteiligung müsse das Betriebsklima verbessern helfen und dürfe keine neuen Unzuträglichkeiten schaffen.«

Das ist deutlich genug.

Ohne klassenbewußte Gewerkschafter als Funktionäre und Führer der Arbeiter ist die Aufspaltung der Arbeiterklasse in Einzelpersonen nicht aufzuhalten. Die Unternehmer frohlocken. Dr. Raymond kann befriedigt ausrufen:

»Nodi niemals in der Geschichte ist das Verhältnis zwischen Unternehmer und Belegschaft ein so gutes, ja so herzliches gewesen wie gerade jetzt.«

Über die Entwicklung der Gewerkschaften

Um Wesen und Tätigkeit der heutigen Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu begreifen, muß man sich über ihre Entstehung Rechenschaft geben. Die deutschen Gewerkschaften, die bis 1914 entstanden waren, entwickelten sich alle aus dem Kampf der Arbeiter mit den Unternehmern. In beruflichen Gewerkvereinen meist lokaler Art organisiert, führten die Arbeiter der einzelnen Betriebe den Kampf gegen ihre Unternehmer um Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen. Nur selten umfaßten in den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung die Lohnkämpfe die Unternehmen einer ganzen Stadt oder eines ganzen Wirtschaftsgebietes. Die Arbeiter eines Betriebes standen dem einzelnen Unternehmer gegenüber. Abreden über Lohnverbesserung mit einem oder einigen Unternehmern zwangen die anderen, nachzuzufolgen, wenn eine entsprechende Konjunktur bestand. Alle Funktionen wurden ehrenamtlich und unentgeltlich ausgeübt. Erst mit dem Wadstum der kapitalistischen Industrie wuchsen auch die Gewerkschaften, konnten sie größere Gebiete erfassen, ganze Berufsgruppen organisieren und in Lohnkämpfe führen. Die Zigarrenmacher, Buchdrucker, Maurer, Zimmerleute waren die Pioniere und entwickelten ihre Gewerkschaftsorganisationen. Um die Mitgliederfluktuation zu beseitigen, wurden Krankenunterstützung, Reisegelder, Sterbegelder usw. eingeführt. Die Ansammlung von Streikkassen war bis 1914 die wichtigste Aufgabe aller Gewerkschaften. Eine Ausnahme bildete nur der Buchdruckerverband, der als erster langfristige Tarife abschloß. Die Vorbereitung der Mitglieder auf den Streik stand im Vordergrund der Gewerkschaftsarbeit. Die Tarife waren Waffenstillstandsabkommen im Klassenkampf und wurden von beiden Seiten, von Arbeitern und Unternehmern, nicht anders eingedäht.

Mit dem Wachstum der Gewerkschaften und ihrer Funktionen wurde die Befolgung der Funktionäre notwendig. Der Kassierer war der erste Gewerkschaftsangestellte, dem folgten Sekretäre für verschiedene Aufgaben. Die Bezahlung der Gewerkschaftsangestellten wurde z. B. im Bauarbeiterverband bis 1914 auf 10% über dem Spitzenlohn der Mitglieder festgesetzt und erhöhte sich nur entsprechend den erkämpften Lohnerhöhungen der Mitglieder.

Nach dem 1. Weltkrieg war die bereits vorher entstandene Gewerkschaftsbürokratie noch ziemlich intakt. Die meisten Gewerkschaftsbürokraten waren während des Krieges reklamiert, denn sie leisteten in der Kriegsarbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern im Hinterland wichtige Dienste für das »Durchhalten bis zum Siege«. Um diesen intakten bürokratischen Gewerkschaftsapparat sammelten sich 1919/20 rund 8 Millionen Mitglieder. 1914 waren es 2 500 000 gewesen. Die Gewerkschaftsführer setzten die Arbeitsgemeinschaftspolitik mit dem Unternehmertum, die während des Krieges begonnen hatte, fort, um, wie nach 1945, den Unternehmern zu helfen, die damals viel geringeren Kriegsschäden zu überwinden und den Kapitalismus wieder aufzubauen. Zusammen mit der Sozialdemokratie leistete die stark vermehrte Bürokratie der Gewerkschaften der Bourgeoisie entscheidende Dienste, besonders zur Zerstückung des revolutionären Kampfwillens einer nicht unbeträchtlichen Minderheit der Gewerkschaftsmitglieder, hinderte sie an der Ausbreitung und Organisation des revolutionären Kampfes. Das führte zu einem starken Mitgliederverlust. Rund 40% der Mitglieder verließen die Gewerkschaft. Der Sturz der Bourgeoisie wurde durch diese Gewerkschaftspolitik verhindert. Ein wesentliches Mittel zur Irreführung der Arbeiter bildete die Behauptung, daß durch Kampf um Reformen im wiederaufgebauten Kapitalismus Lohn- und Arbeitsbedingungen ständig verbessert, das revolutionäre Chaos und der Bürgerkrieg vermieden werden könne. Es war die Predigt vom friedlichen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus.

Das revolutionäre Chaos wurde tatsächlich vermieden, allerdings um den Preis des 2. Weltkrieges und des Nachkriegschaos mit all seinen Folgen: 800 bis 1000 Kalorien für die Werktätigen bis Mitte 1948 und etwas mehr Kalorien - soweit der Reallohn reicht, sie zu kaufen - bis heute.

Bis 1933 kämpfte ein klassenbewußter Teil der Gewerkschaftsmitglieder organisiert in den Gewerkschaften gegen die Politik der Gewerkschaftsspitzen, die uns keineswegs friedlich in den Sozialismus hineinwachsen ließ, sondern zu Hitler, dem 2. Weltkrieg, der bedingungslosen Kapitulation der Bourgeoisie und »Befreiung durch unsere Erzieher zur Demokratie« führte.

Die Gewerkschaften seit 1945

Die Gewerkschaften, die seit 1945 geschaffen wurden, haben einen ganz anderen Ursprung. Sie sind nicht das Ergebnis der Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Als die Besatzungsbehörden sich vergewißert hatten, daß sie genügend zuverlässige alte Gewerkschaftsbürokraten an die Spitze der Gewerkschaften setzen könnten, gaben sie die Erlaubnis zur Gründung

von Gewerkschaften. Dabei leisteten amerikanische und britische Gewerkschafter in den Weltzonen, in der Ostzone die Sowjetgewerkschaften, Hebamendienste. Henry Rubs, der Vertreter der American Federation of Labor, rühmt sich dessen folgendermaßen:

«Ich freue mich besonders, aus diesem Anlaß bei Ihnen zu sein, da ich seit Beginn der Befreiung mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung und deren Wachstum in vielfältiger Weise verbunden bin. Als Leiter der Arbeitsabteilung der 12. Armeegruppe war es meine Aufgabe, den 1. Organisationsausfluß der deutschen Gewerkschaften zu befehlen. Das war in Aachen im Oktober 1944. Unsere damalige Politik stützte sich auf einen Rundfunkappell General Eisenhowers an die deutschen Arbeiter. General Eisenhower wies darauf hin, wie sinnlos es sei, die **Kriegsproduktion fortzusetzen** (Heute spricht er anders! Anm. des Verf.) und versprach den deutschen Arbeitern, daß ihnen nach dem Krieg das Recht wieder gewährt werden würde, sich in freien Gewerkschaften zusammenzuschließen... Dann kam der Weltgewerkschaftsbund. Der Führer der damaligen amerikanischen Delegation, der sich an den Weltgewerkschaftsbund angeschlossen hatte, lehnte die **gewerkschaftsfreundliche Politik Amerikas in Deutschland ab**. Er bat die Militärbehörden, mir zu erlauben, nach London zu kommen. Dort erfuhr ich aus seinem Munde, daß er **gegen die Zulassung von Gewerkschaften in Deutschland für die Dauer von 5 Jahren sei**. Er sagte mir, daß er die amerikanische Regierung bitten werde, ihre Politik zu ändern. Ich antwortete, daß, solange von unserer Regierung keine Änderung der Richtlinien erfolge, wir fortfahren würden, die deutschen Gewerkschaften, die gerade in der Bildung begriffen waren, anzuerkennen. (Beifall)» (Protokoll des Gründungskongresses des DGB, Seite 39)

Die reformistischen Gewerkschafter der Weltzonen vereinigten sich mit den christlichen. Das wurde und wird als «Einheit der Gewerkschaften» ausgegeben. Der Form nach wurden Industrieverbände geschaffen, ein Ziel der kämpfenden Gewerkschaften vor 1914, das damals nicht verwirklicht werden konnte, weil die Traditionen der Berufsverbände, die jahrzehntelang die gewerkschaftlichen Kämpfe geführt hatten, nicht leicht zu überwinden waren. In den 12 Jahren des 1000jährigen Reiches wurden mit den Gewerkschaften auch diese Traditionen ausgelöscht. Das Firmenschild der neuen Gewerkschaften konnte also aufs modernste plakatiert werden: Industrieverbände, zusammengefaßt im Deutschen Gewerkschaftsbund. Was geschaffen wurde, ist ein Rahmen - ohne klassenbewußten gewerkschaftlichen Inhalt.

Der bürokratische Gewerkschaftsapparat ist aufgebläht. Die Zahl der Angestellten mit Gehältern, die vielfach die Löhne ihrer Mitglieder weit übersteigen, ist viel größer als die der Kampfgewerkschaften vor 1914. Die oberen Bürokraten haben Autos und Chauffeure, die unteren mit niedrigeren Gehältern keine. Innerhalb dieser Bürokratie wüten Cliquenkämpfe zwischen denen, die noch keine Autos haben, aber welche haben möchten, und jenen, die sie besitzen.

Womit ist dieser bürokratische Wasserkopf beschäftigt? Von 1945 bis zur Währungsreform war er Mitglieder, machte den Laubbüchlein zwischen Unternehmern und Besatzungsbehörden und forderte die Arbeiter auf, die Betriebe wieder aufzubauen. Der Wiederaufbau der Betriebe war gewiß lebensnotwendig für alle Arbeiter. Eine klassenbewußte Gewerkschaftsführung hätte aber nicht veranlaßt, daß die Arbeiter und Angestellten die Betriebe für die Unternehmer aufbauen und ingangsetzen, sondern hätte die Arbeiterkontrolle

zur Verforgung der breiten Massen mit den dringend notwendigen Bedarfsgegenständen und Nahrungsmitteln organisiert. Die vorhandenen Rohstoffe und Nahrungsmittel hätten durch eine Bestandsaufnahme der Betriebsräte festgestellt und beschlagnahmt werden können - eine Aufgabe, die bei dem technischen und kulturellen Niveau der deutschen Arbeiter und Angestellten in wenigen Wochen hätte bewältigt werden können. Die deutsche Bourgeoisie, die den Krieg angezettelt, verloren und dann kapituliert hatte, hätte keine Macht gehabt, die Beschlagnahme dieser Bestände zu verhindern, auch die Besatzungsmächte am Anfang nicht.

Natürlich setzt das andere Menschen voraus als die Spitzenfunktionäre der deutschen Gewerkschaften, aber auch eine Arbeiterkraft, die fähig ist, revolutionär zu denken und revolutionär zu handeln. Unsere demokratischen Erzieher hätten gewiß Schwierigkeiten gemacht. Aber ihre Überwindung hätte kaum größere Opfer gekostet als die bereits erduldeten Hungerjahre und die Opfer, die noch gebracht werden müssen, damit sich die Arbeiterklasse vom Verfall der kapitalistischen Ordnung loslösen kann. Ohne diese Loslösung gibt es keinen dauerhaften Aufstieg, keine endgültige Überwindung der drohenden Kriegsgefahr. Eine solche klassenbewußte Gewerkschaftspolitik hätten die besten amerikanischen, englischen, französischen und italienischen klassenbewußten Gewerkschaftsmitglieder unterlützt. Die Spitzenbürokraten dieser Länder wären wahrscheinlich nicht mitgegangen. Das wäre kein Verlust, sondern ein Gewinn gewesen. Alle Vorbedingungen ökonomischer Art für eine solche Lösung waren und sind in Deutschland vorhanden. Was fehlt, ist die politische Reife der deutschen Arbeiterklasse. Diese Gedanken lagen in der Luft, wurden aber nur von einer schmalen Schicht erfaßt.

Ein Beispiel gewerkschaftsreformistisches Denkens

Typisch für die Gewerkschaftsführung sind folgende Sätze Böcklers aus seiner Rede auf dem Gründungskongreß des DGB:

»Auf eine Demokratisierung der Wirtschaft ist unsere Absicht gerichtet und auf Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in allen wirtschaftlichen Geschehen. **Wir machen uns als Gewerkschafter den Beschluß des Katholikentags in Bochum voll zu eigen**, indem auch wir sagen, so wie dort gesagt wurde: ‚Der Mensch steht im Mittelpunkt jeder wirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Betätigung. Das bisherige Wirtschaftsrecht muß durch ein Betriebsrecht ersetzt werden, das den Menschen in seinen Rechten und Pflichten in den Vordergrund rückt. Das Mitbestimmungsrecht aller Arbeitenden bei sozialen, persönlichen und wirtschaftlichen Fragen ist ein natürliches Recht in gottgewollter Ordnung, dem die Mitverantwortung aller entspricht.‘ Und wir bekennen uns auch zum Kapitel 27 der Enzyklika Rerum Novarum des Papstes Leo XIII. . . Wir Gewerkschafter stimmen auch mit der Enzyklika Quadragesimo Anno des Papstes Pius VI. überein. Dort wird gesagt: ‚Sowenig das Kapital ohne die Arbeit, sowenig kann die Arbeit ohne Kapital bestehen. Es widerspricht aber den Tatsachen, einem der beiden, dem Kapital oder der Arbeit, die Alleinerantwortlichkeit an dem Ertrag des Zusammenwirkens zuzuschreiben. Vollends widerspricht es der Gerechtigkeit, wenn der eine oder andere Teil, auf diese angeblide Alleinerantwortlichkeit poehend, das ganze Ergebnis für sich beansprucht. Lange genug konnte in der Tat das Kapital ein Übermaß für sich vorwegnehmen. Das gesamte Erträgnis, die gesamten Überschüsse, nahm das Kapital vorweg für sich in Anspruch, dem Arbeiter kaum die Notdurft für die Erhaltung der Arbeitskraft und ihre Produktion überlassend.‘

So der Papst, so auch wir! ... Dieses neue Recht (Böcklers und Plus' IV. 1) aber wird, indem es die beiden Wirtschaftsfaktoren Arbeit und Kapital als eine organische Einheit erkennt, jedem dieser Faktoren die ihm zukommende Stelle zuweisen müssen.

Was wollt ihr weiter, Proleten? Laßt uns die Gewerkschaften in eine Gesellschaft von Gesundbetern verwandeln! Jeder klassenbewußte Arbeiter muß zu der Überzeugung kommen, daß Böckler sich besser zu einem Sonntags-nachmittagsprediger geeignet hätte als zum Vorläufigen des DGB. Böckler ist zu den himmlischen Heerscharen eingerückt, aber sein Nachfolger Fette hält an seinen Doktrinen fest. Den Traum von einer besseren Zukunft, den die Spitzenvertreter des DGB anstelle des proletarischen Klassenkampfes predigen, predigt man schon seit 1000 Jahren. Und es gab bessere Prediger als Böckler und Fette und alle deutschen Gewerkschaftsbürokraten zusammengenommen. Böckler hat vage erfaßt, daß heute in der Periode des absterbenden Kapitalismus die ökonomischen Voraussetzungen vorhanden sind, um durch die Vergesellschaftung der im Kapitalismus entwickelten Produktionsmittel das Elend der Arbeiterklasse aus der Welt zu schaffen. Aber was die Böckler und die Delegierten des Gründungskongresses des DGB nicht begriffen haben, ist, daß zur Verwirklichung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, des kapitalistischen Staates, und die politische Herrschaft der Arbeiterklasse erforderlich sind. Keinerlei paritätische Mitbestimmung in den Organisationen der kapitalistischen Wirtschaft führt zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Unter günstigen Umständen, wie jetzt, ist es möglich, Verschlechterungen der Existenzbedingungen der Arbeiter abzuwehren - aber keineswegs mit gefühlvollen Predigten über die Harmonie mit dem Unternehmertum. Der kapitalistische Unternehmer ist kein Sozialpartner, sondern der Ausbeuter der Arbeiter. Unabhängig von ihrem guten oder schlechten Willen müssen die Unternehmer Profite aus den Arbeitern herauszindeln. Sie müssen diese wieder in Kapital verwandeln, d.h. in neuen Fabriken, Maschinen, Arbeitskräften anlegen, um noch mehr Profit zu erzeugen. Der Kapitalist, der dazu nicht fähig ist, macht Bankrott. Solange die Herrschaft dieses Systems nicht gebrochen wird, bleibt die Arbeiterklasse Opfer der Ausbeutung. Das sind Binsenwahrheiten, die ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse einmal begriffen hatte, und solange dies der Fall war, organisierte er gewerkschaftliche Kämpfe und erzielte gewisse Erfolge. Diese Erfolge waren möglich, weil man sich als Endziel die Abschaffung des Lohnsystems gesetzt hatte.

Bruch mit dem Reformismus - eine klassenbewußte Gewerkschaftspolitik

Die Aufgabe der Gewerkschaften besteht im Kampf zur Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Sie ist im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nur so lange einigermaßen ausführbar, als die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus hierfür die Möglichkeit schafft. Das war im großen und ganzen in Deutschland bis 1914 der Fall. Die rasche Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft, die enormen Profite gestatteten es dem Unternehmertum,

einige Krumen von seinem reichgedeckten Tischt den Arbeitern abzugeben. Aber seither ist der Kapitalismus außerstande, den Arbeitern eine halbwegs angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Sein Lebensgesetz bedingt das Strammerziehen des Hungerriemens. 1918/19 bildeten sich die reformistischen Gewerkschaftsführer auch ein, daß sie in friedlicher Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern der Arbeiterklasse eine glücklichere Zukunft beschieren und so billiger um die Unkosten des revolutionären Sturzes des Kapitalismus herumkommen könnten.

Was geschah aber wirklich?

Zwischen 1919 und 1923/24 schufteten die Werktätigen bei Inflations Hungerlöhnen, um die Kriegsverluste der deutschen herrschenden Klassen wieder herauszuholen. Von 1925 bis 1929 »normale« Ausbeutungsverhältnisse mit einer Millionennarmee struktureller, d. h. ständiger Arbeitsloser. 1930 - 1933 Weltwirtschaftskrise, beinahe 7 Millionen Erwerbslose und schärfste Senkung der Reallohne der noch in Arbeit Stehenden. 1933 - 1939 holen Rüstung, Arbeitsdienst und Wehrmacht die Erwerbslosen von der Straße; aber der Höchststand des Reallohnes in der Nazizeit übersteigt nicht $\frac{2}{3}$ des Standes von 1929. 1939 - 1945 herrliche Zeiten. 1945 - 1948 bauen die hungernden Proleten unter Böcklers Sonntagspredigten den Unternehmern die kaputten Betriebe wieder auf. Sommer 1948: Währungsprobe. Seitdem andauerndes Sinken des Reallohnes.

Aber in den letzten 30 Jahren erhöhte sich die Produktivität der Arbeit, d. h. die je Arbeitsstunde erzeugte Warenmenge, außerordentlich. Von diesem technischen Fortschritt hatte die Arbeiterklasse keinen Nutzen. Der Anteil der Arbeiterklasse an dem »Kuchen«, den sie für die Besitzer der Produktionsmittel - die Kapitalisten - erzeugt, ist nicht gestiegen, sondern gesunken. Diese verstärkte Verelendung des Proletariats ist ein kapitalistisches Entwicklungsgesetz, das Marx vor beinahe hundert Jahren wissenschaftlich formulierte. Jeder weiß, daß die Aufrüstung weitere einschneidende Kürzungen des Reallohnes bringen wird.

Das ist die tatsächliche Entwicklung im Gegensatz zu den hohlen Redensarten, wonach man angeblich mit den Unternehmern die Arbeiterchaft in den Genuß eines höheren Lebensstandards bringen kann. Diese tatsächliche Entwicklung wird nicht beherrscht von den erhabenen »Ideen«, vom Wunschspintisieren des Speißbürgers, der harte Tatsachen wegräumen will, sondern von den realen Interessen der herrschenden Klassen und Mächte, deren treibende Kraft der größtmögliche Profit ist.

Wer angesichts dieser Sachlage ernsthaft den Willen hat, die gewerkschaftliche Aufgabe der Sicherung der proletarischen Lebenshaltung in die Tat umzusetzen, muß sich klar darüber sein, daß dies nur möglich ist ohne Rücksicht auf die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft, ohne Rücksicht auf die »Sozialpartner«. Im Gegenteil: die endgültige Sicherung des Lebensstandards der Arbeiter ist nur möglich, wenn die Herrschaft der Unternehmerklasse gestürzt wird, d. h. wenn die proletarische Revolution siegt und den Grundstein zur sozialistischen Gesellschaftsordnung legt.

Die gegenwärtige Gewerkschaftsführung steht auf dem Boden dieser Ausbeutergesellschaft. Die Unternehmer sind ihre (Sozial-)Partner. Sie ist nicht für die Abschaffung des Profits, sondern für seine »gerechte« Bemessung. Sie bekennt sich offen zur kapitalistischen Gesellschaft, indem sie deren demokratische Staatsform gegen alle Feinde schützt. Der größte Feind des Kapitalismus ist aber der Sozialismus, das historische Klassenziel der Arbeiterklasse. **Daher kann diese Gewerkschaftsführung keine energischen, konsequenten und erfolgreichen Kämpfe zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter führen, weil heute solche Kämpfe die ganze Gesellschaftsordnung zutiefst erschüttern und den Bestand des Kapitalismus selbst bedrohen.** Sie muß abwiegeln und wird - gewollt oder ungewollt - zum Schutzdickicht der Profitjäger. Daher ist sie unfähig, die Gewerkschaften zu führen.

Die Gewerkschaften sind Organe der außerparlamentarischen Macht der Arbeiterklasse. Sie wurden nicht geschaffen, um ihren Mitgliedern den edlen Ratsschlag zu geben: Wählt bessere Abgeordnete, dann kriegt ihr bessere Gesetze. Mit 5 1/2 Millionen Mitgliedern stellen sie die größte organisierte Macht Kontinentaleuropas dar. Wenn der Bonner Regierungsverein reaktionäre Gesetze beschließt und sich aufdrückt, gegen den Willen der Arbeiter Kanonensutter zu rekrutieren, dann müssen die Gewerkschaften statt zu jammern den politischen Massenstreik anzuwenden. Verstehen wir uns richtig. Der politische Massenstreik hat nichts mit der KPD oder SPD zu tun, die beide keine sozialistischen Parteien mehr sind. Es ist dies der Streik für die politischen Forderungen der Arbeiterklasse. Mit dieser Waffe jagte die deutsche Arbeiterklasse 1920 die Kapp-Putschisten und 1923 die Cuno-Regierung zum Teufel. Eine klassenbewußte Gewerkschaftsführung würde heute gegen die Remilitarisierungspläne Adenauers den politischen Massenstreik vorbereiten und propagieren.

Aber wie kommen wir zu einer solchen Gewerkschaftsführung?

Sie kann nur das organisierte Werk aller klassenbewußten Gewerkschafter sein! Es gilt, nicht erst abzuwarten, bis der nächste Streik beginnt, um dann die entmutigende Feststellung zu machen, daß wir in den Betrieben keine verlässlichen Stützpunkte haben. Es ist vielmehr nötig, durch systematische, zähe Kleinarbeit in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen alle klassenbewußten Arbeiter in einem linken Gewerkschaftsflügel zu sammeln, der alle Fragen und Probleme rechtzeitig durchdiskutiert und mit einer klaren Stellungnahme vor die Gewerkschaftsöffentlichkeit tritt. Diese Zusammenfassung ist der erste und wichtigste Schritt, um der Bürokratenwillkür der Fette & Co. ein Ende zu bereiten.

Der Streik in Hessen

Dem Streik der Metallarbeiter in Hessen ging ein von der IG Metall geführter Streik im Heizungsgewerbe und Installationshandwerk voraus. Dieser Streik begann am 13. August. Die Forderung betrug 12 Pf. Stundenlohnerhöhung. Nach 3 Tagen Streik bewilligten die Unternehmer die 12 Pf.

Das war eine gute Probe, die zweifellos den Kampfwillen der Arbeiterchaft stärkte. Die Gewerkschaftsbürokratie konnte sich dem starken Druck von unten einfach nicht mehr verschließen. Kriegshäuser, der Vorsitzende der IG Metall Frankfurt, gab den Bankrott der bisherigen Gewerkschaftspolitik auf der großen Kundgebung während des Streiks auf dem Börfenplatz zu, indem er erklärte:

„Die Gewerkschaft hat seit 1945 nur Tarifverträge abgefdiloffen, die den Gewerkschaftsfunktionären sehr viel Mut und Verantwortung gekostet haben, um sie den Arbeitern schmackhaft zu machen.“

Aus der Tabelle auf Seite 6 ist zu ersehen, daß mehr trauriger Mut als Verantwortungsbewußtsein erforderlich war und ist, solche Verträge als echte gewerkschaftliche Interessenvertretung der Mitglieder darzustellen.

6 Jahre Erfahrung mit dieser Gewerkschaftspolitik und ihren Folgen zwingen die Arbeiter, über ihre Lage nachzudenken und nach Abhilfe Ausldiau zu halten. Das äußert sich in dem spontanen, d. h. ungedulten und unorganisierten Kampfwillen, der sich seit einem Jahr zeit und sich so prachtvoll in den 4 Wodien Streik in Hessen bewährt hat. Hessen ist nur das größte Beispiel dieser Spontanität seit 1945. Schon in den vorausgegangenen Scharmüteln des Klassenkampfes in Westdeutschland, bei der Demontageabwehr in Salzgitter, bei den Bauarbeitern, bei Borgward in Bremen, in Wuppertal, bei den Straßenbahnern in Stuttgart war sie zu beobachten. **In keinem Kampf haben die Arbeiter verfaßt. Die ungenügenden Erfolge oder Niederlagen kommen überall auf das Konto der Gewerkschaftsführung.**

Die Unternehmer haben den Wandel in der Stimmung der Masse früher begriffen als die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften und sich gerüstet. Mit ihrer Regierung und ihren Parteien stellen sie Polizeikräfte mit Bürgerkriegswaffen auf. Die anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden unterstützen sie. Sie überlassen der deutschen Bourgeoisie gern die schmutzige Kleinarbeit und sparen sich ihr eventuelles Eingreifen auf. Der Polizeiminister Lehr baut schon an der technischen Nothilfe und will sich darüber mit dem Bundesvorstand des DGB ins Einvernehmen setzen. Das ist die eine Art von Maßnahmen, die die Bourgeoisie trifft - weil sie glaubt, nicht länger mehr die Illusionen der Gewerkschaftsspitzen über Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung und dergleichen für ihre Zwecke nötig zu haben. Sie braucht keine Gewerkschafter mehr für Laufburshendienste bei den Besatzungsbehörden. Jetzt besorgt sie ihre Geschäfte mit den Anglo-Amerikanern selbst. Jetzt ist direkte Unterstützung durch die amerikanischen Unternehmer und Finanziere wirkfamer als die Vermittlung der amerikanischen und deutschen Gewerkschaften. Die Unternehmer fühlten sich also in einer so starken Position, daß sie zu der Provokation schritten, über weitere Lohnerhöhungen überhaupt nicht verhandeln zu wollen. Dies brachte die Stimmung der Metaller auf den Siedepunkt.

Die Taktik der Gewerkschaften

Von zwei Seiten unter Druck gesetzt, entschließt sich der Vorstand der IG Metall für den Streik in Hessen. Warum in Hessen?

Auch in Nordrhein-Westfalen war der Tarif gekündigt, und die Metallindustriellen weigerten sich, mit den Gewerkschaften über Lohnerhöhungen zu verhandeln. Die »Sozialpartner« verweigerten den Arbeitern den »gerechten Anteil am Sozialprodukt«, wie es so arbeitsgemeinschaftlich fromm in den Publikationen der Gewerkschaften heißt. Ein Streik in der eisenverarbeitenden Industrie des Ruhrgebietes hätte den Druck auf alle Metallindustriellen so verstärkt, daß eine Lohnerhöhung von 12 Pfg. ohne weiteres möglich gewesen wäre. Denn beim jetzigen Stand der Konjunktur müssen die Auto- und andere Metallfertigwarenindustrien wegen starken Mangels an Blechen und Halbfabrikaten die Produktion einschränken und Arbeiter entlassen. In Nordrhein-Westfalen wären rund 800000 Metallarbeiter in Frage gekommen, nicht nur 180000, wie in Hessen. In der eisenverarbeitenden Industrie sitzen die »Mitbestimmer« der Gewerkschaften in den »Roten Betrieben«. Wäre da nicht eine gute Probe möglich gewesen, das Mitbestimmungsrecht zur raschen Bewilligung der 12 Pfg. anzuwenden?

Warum das Kampfgebiet von der eisenverarbeitenden in die eisenverarbeitende Industrie nach Hessen verlegt wurde, ist Geheimnis der Bürokratie. Wir können nur die Vermutung äußern, daß Nordrhein-Westfalen abgelehnt wurde, weil ein Streik mit 800000 Arbeitern in der eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie - obgleich er nur 12 Pfg. Lohnerhöhung anstrebte - eine wirkliche Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit und damit zu einem erstrangigen politischen Ereignis geworden wäre. Jeder ernste Lohnkampf muß in der jetzigen Zeit, wenn er von lebenswichtigen Arbeiterkategorien geführt wird - wie Bergarbeiter, Eisenbahner, Transportarbeiter - sich zu einem politischen Machtkampf ausweiten. Wir gehen mit unserer Vermutung wohl kaum fehl, wenn wir annehmen, daß gerade diese Erkenntnis der Hauptgrund war, weshalb die gewerkschaftlichen Spitzen Hessen als Kampffeld wählten.

Diese Entscheidung ist somit ein Ergebnis der arbeitsgemeinschaftlichen Grundhaltung der Gewerkschaftsspitzen und prägt dem Verlauf des Streiks den Stempel auf.

Der Verlauf des Streiks

Am 22. August ruft die IG Metall zum Streik auf, nachdem sie vorher die Urabstimmung angeordnet hatte:

»Bisher sind Verhandlungen um eine gerechtfertigte Lohn- und Gehaltserhöhung in der heißen Metallindustrie nicht möglich gewesen. Der Arbeitgeberverband für die Metallindustrie, der sich an die Anweisung der zentralen Unternehmerorganisationen halt, hat bisher abgelehnt, über Lohn- und Gehaltsforderungen zu verhandeln.

Die Urabstimmung in der vergangenen Woche hat ergeben, daß 85,5% der abstimmenden Kollegen mit ihrer Gewerkschaft den notwendigen Kampf führen wollen. Am Montag, dem 27. August, 7 Uhr morgens beginnt die Arbeitsruhe.

Am Streik nicht beteiligt sind: Lehrlinge und Schwerbehinderte. Vorerst nicht beteiligt am Streik sind die Betriebe, die nicht ausdrücklich zum Streik aufgeführt worden sind, sowie unsere Kollegen Angestellten und die über 65 Jahre alten Kollegen. Die Streikleitung wird im Laufe der Woche weitere Gruppen in den Streik führen.«

In Flugblättern der IG Metall wird dann zur Streiklage Stellung genommen. Im Flugblatt vom 3. September heißt es: »Über 50000 Arbeiter kämpfen für uns alle.« Es wird berichtet von dem Manöver der Unternehmer, die mit ihren Anfschreibern und Stimmzetteln die Streikenden zum Streikbruch zu veranlassen verfluchen. Im Flugblatt vom 7. September teilt die Leitung mit:

»Der Streik in der Metallindustrie wurde am Donnerstag, dem 6. September 1951, ab 12 Uhr verfdährt. Weitere 35000 Metallarbeiter traten in Heffen in den Streik. Warum? Bei den Einigungsverhandlungen am Mittwoch leisteten sich die Unterhändler des Arbeitgeberverbandes eine **freche Provokation**. Nach nahezu elfstündiger Verhandlung boten sie . . . für die Verheirateten ein Hausstandsgeld von 2 Pfg. pro Stunde, **was von den Unterhändlern der Streikenden mit Entrüstung abgelehnt wurde**. Alle Alleinstehenden und Ledigen sollen leer ausgehen. . . **Gibt es eine frechere Verhöhnung der arbeitenden Schichten?**

Die Streikenden werden sich noch enger zusammenschließen, um den Machtstandpunkt der Arbeitgeber zu brechen.«

Am 12. September gibt der Vorstand der IG Metall außer der gewöhnlichen Streikunterstützung eine Sonderunterstützung von 10,- DM je Woche bekannt.

Der heffische Ministerpräsident Zinn, SPD, bemühte sich um die Einführung der Zwangsschlichtung, die von beiden Seiten abgelehnt wurde. Statt dessen bildeten Gewerkschaften und Unternehmer eine Kommission mit unparteiischem Vorsitzenden, die die Forderungen prüfen und Vorschläge ausarbeiten sollte. Wenn diese von beiden Seiten gebilligt würden, sollten sie zur Annahme empfohlen werden.

Am 20. September erscheint ein Flugblatt, in dem der Einigungsvorschlag im Wortlaut unterbreitet wird:

» . . . Der uns unterbreitete Vorschlag entspricht also durchaus nicht in allen Teilen Euren berechtigten Forderungen. Er stellt eine Kompromißlösung dar. Aber wir glauben Euch trotzdem sagen zu können, Eure Opfer waren nicht umsonst gebracht.

Das Diktat der Unternehmerverbände ist abgewehrt.

Ihr habt nun über die Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlags zu entscheiden. Nach reiflicher Prüfung aller Umstände empfehlen wir Euch die Annahme des Vorschlags. **Deine Entscheidung, Kollegin und Kollege, ist aber allein maßgebend**. Deshalb prüfe das Für und Wider und dann entscheide. Die Urabstimmung findet am Donnerstag, dem 20. September, in der Zeit von 12 bis 17 Uhr in Euren Kontrollstellen statt. Die Stimmzettel sind dort erhältlich. Vergeßt nicht, Eure Kontrollkarten mitzubringen. Sie allein berechtigen zur Abstimmung.

Beteiligt Euch alle und bekundet durch die Abstimmung Euren Willen.«

Die Lohnregelung nach dem Schönberger Vorschlag bestand in Folgendem:

Der Ecklohn wird ab 1. September um 3 Pfg. erhöht. Für Arbeiter beträgt die Hausstandszulage 1 Pfg., die Kinderzulage 2 Pfg. für jedes Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Für Angestellte beträgt je Monat die Hausstandszulage 2,- DM, die Kinderzulage 4,- DM je Kind. Dazu wird eine einmalige Wirtschaftshilfe in Höhe von 30,- DM für jeden verheirateten und 20,- DM für jeden ledigen Angestellten und Arbeiter gewährt.

Die Urabstimmung ergab folgendes Resultat:

Von den 61888 noch im Streik stehenden nahmen 49315 oder 81% an der Abstimmung teil. 39650 oder 64% aller streikenden bzw. 80% der

abstimmenden Gewerkschafter lehnten den Vermittlungsvorschlag ab. Nur 9568 oder etwa 15% der Streikenden bzw. 20% der abstimmenden Organisierten sprachen sich für die Wiederaufnahme der Arbeit aus.

Die Rolle der KPD

Weder die KPD als Partei noch ihre Mitglieder haben nennenswerten Einfluß auf Vorbereitung und Durchführung des Streiks und Bestimmung der Taktik ausgeübt. Die KPD-Mitglieder haben als Streikende wie alle anderen ihre Pflicht erfüllt. Nicht mehr und nicht weniger.

Ihre Beeinflussungsversuche durch ein sogenanntes »Deutsches Arbeiterkomitee, Land Hessen«, das niemand kennt, hatte keine Wirkung. Auch wir haben nicht feststellen können, wer die Komiteemitglieder sind, wer sie gewählt oder beauftragt hat. Es ist nur eine der Tarnfirmen der KPD.

Die FDJ forderte durch Flugblätter die Lehrlinge auf, mitzustreiken, die ausdrücklich vom Streik ausgenommen waren. Da die FDJ ohne jeden Einfluß auf die Lehrlinge war, blieb ihr nichts übrig, als ohne jede Vorbereitung die Aufforderung durch ein Flugblatt an sie zu richten. Ein Musterbeispiel wie es nicht gemacht werden darf.

Die KPD gab sogenannte Streikinformationen heraus. In Nr. 3 empfiehlt sie den einzelnen Betrieben, durch Sonderschreiben andere westdeutsche Metallbetriebe zum Anschluß an den Streik aufzufordern. Begründung: »Der geeinten Unternehmerfront muß die geeinte Front der Arbeiterschaft entgegengestellt werden.« Auch das über die Köpfe der Gewerkschaften und der Streikenden hinweg. In Nr. 4 wird eine zentrale Streikleitung gefordert. Aber eine zentrale Streikleitung bestand; was fehlte waren solche Streikleitungen im Betrieb, die die zentrale Streikleitung hätten kontrollieren können. Statt dessen fordert man Telegramme und Delegationen an die Streikleitung, keinen Kompromiß unter 12 Pfg. abzuschließen. In Nr. 5 wird wieder nur Ausdehnung des Streiks auf ganz Hessen als Antwort auf den ersten Unternehmervorschlag von 2 Pfg. Sozialzulage gefordert.

In der ersten Nummer nach 120 Tagen Verbot fordert die »Sozialistische Volkszeitung« Ausbreitung des Streiks und Solidaritätsstreik im Ruhrgebiet. Ihre Hauptaufgabe besteht aber darin, ihre bekannten politischen Forderungen in den Streik hineinzutragen. Bei der Einflußlosigkeit der KPD in den Gewerkschaften und auf die Streikenden, fiel diese Propaganda ins Leere. Die Forderung auf Einbeziehung des Ruhrgebiets war richtig, aber beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis doch nur über die Gewerkschaftsleitungen möglich. Sie hätte mit den eigenen Lohnforderungen in Nordrhein-Westfalen verknüpft werden können; es hätte kein Solidaritätsstreik proklamiert werden brauchen. In derselben Nummer wird von einer angeblich von 500 Funktionären besuchten außerordentlichen Aktivtagung der KPD berichtet. Aber auch nichts als Worte, Wunschdenken, keinerlei konkrete organisatorische Vorschläge.

In der Nummer vom 24. September, unter der Überschrift: »Der Kampf der Metallarbeiter geht weiter«, zeigt sich dieselbe Luftgymnastik und Einflußlosigkeit. Der Streik ging nicht weiter. Die KPD schrieb:

»Jeder weiß, daß am Donnerstag, dem 20. September, nicht über einen Streikbeginn abgestimmt wurde, sondern über einen unverbindlichen Vorschlag. Also entscheidet die Mehrheit und nicht irgendeine 75-%-Klaufel, wie es Euch Raymond und Freitag erzählen wollen.«

Diese Charakterisierung der Abstimmung ist völlig unzutreffend. Die Annahme der Schönberger Vorschläge war getätigt, wenn keine 75% dagegen stimmten. Das ist Statut.

Am Montag, dem 24. September, vier Tage nach der Urabstimmung, gab die KPD unter der Schlagzeile: »Weiterstreiken unter selbstgewählten Streikleitungen!« folgende Lofungen heraus:

»1. Jede Streikleitung versammelt am Montag Ihre Belegschaft und läßt über den neuen Anschlag auf Eure 12-Pfg.-Forderung abstimmen.

2. Diese Versammlung wählt aus Ihrer Mitte den betrieblichen Auschuß und Delegierte für einen bezirklichen Kampfauschuß.

3. Überbringt geschlossenen Euren Protest ins Gewerkschaftshaus.«

Solche Vorschläge haben Sinn, wenn man sich auf einen gut organisierten, klassenbewußten, linken Gewerkschaftsflügel in den Betrieben und Gewerkschaften stützen kann, der durch seine Tätigkeit die Mitgliedschaft zur Abstimmung mobilisiert und dadurch dieser den gewünschten Ausgang gibt. Die KPD forderte aber am Montag, dem 24. September, zum Weiterkämpfen auf, nachdem bereits am Donnerstag, dem 20. September, die Entscheidung gegen die Streikweiterführung gefallen war. Das hätte nur bedeutet, daß günstigstenfalls einzelne Belegschaften oder Abteilungen nach altbekannter ultralinken Manier sich von der Masse der Arbeiterchaft getrennt hätten und dann leicht zusammengehauen worden wären. Dem Unternehmertum geben solche Hufarenritte dann die gesuchte Gelegenheit, die besten und kampffreudigsten Elemente aus den Betrieben hinauszuführen.

Die SPD

Als Partei, die immer noch beansprucht, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, war von der SPD nichts zu sehen. Sie hat nichts getan, um ihren Apparat, ihre Mitgliedschaft oder ihre Presse in den Dienst der Kämpfenden zu stellen. Keine Versammlungen, keine Kundgebungen, keine Demonstrationen zugunsten der Hessenmetaller von Seiten einer Partei, die keine Gelegenheit verstreichen läßt, in Bonn oder auf harmlosen Parteiveranstaltungen »das soziale Gewissen unserer Zeit« wachzurütteln. Diese völlige Passivität, dieses peinliche Sichverkriechen war keinem Fehler oder keinen personellen Unzulänglichkeiten in der Führung geschuldet. Es ist vielmehr die innere Logik der SPD-Politik, die »Gerechtigkeit«, »Freiheit für alle« usw. will, die zwangsläufig zum offenen Verrat an den kämpfenden Arbeitern führen muß. Denn diese Partei stellt die heftigste Landesregierung. Als solche führen ihre Minister nicht sozialistische Politik mit dem

bürgerlichen Staatsapparat, sondern der bürgerliche Staat führt mit seiner sozialdemokratischen Ministerpitze die Politik bürgerlicher Klasseninteressen.

Die Zinn und Zinnkann haben zuerst mit der Zwangsdilution den Streik abzuwürgen versucht. Als das nicht klappte, haben sie Wasserkanonen und Polizei gegen die Streikenden eingesetzt und sich schützend vor die Streikbrecher gestellt. Eine würdige Illustration des »demokratischen Sozialismus«, wie die sozialdemokratischen Genossen in der Bezirksleitung Frankfurt der IG Metall gegen die sozialdemokratischen Genossen in der Regierung polemisieren, wenn sie in den »Streiknachrichten« Nr. 3 am 17. September schrieben:

»Aber wir fragen die Verantwortlichen: Was rechtfertigt den Einsatz von berittener Polizei, Wasserkanonen und Karabinern? Ist es notwendig, große Polizeiaufgebote mit Funkwagen vor völlig ruhigen Betrieben zu postieren? Ist es Aufgabe z. B. der Frankfurter Polizeiverwaltung, Streikbrecher in ihren Wohnungen abzuholen und in die Fabriken zu fahren?«

Die entscheidenden Funktionäre der IG Metall sind Sozialdemokraten, wie die heftigste Regierungsmannschaft. Die einen haben die staatlichen Machtmittel gegen die Arbeiter angewandt, die andern haben den Streik tatfächlich geleitet, die Annahme des Schönberger 3-Pfg.-Bettels empfohlen und es abgelehnt, den Kampf an die Ruhr zu tragen.

Diese Praxis charakterisiert die SPD besser als alles andere. Mit der Entwicklung ihrer Kampfkraft wird die Arbeiterklasse noch genügend Gelegenheit haben, die reformistischen Phrasendrescher am Werk zu sehen und nicht verabzäumen, ihnen dafür die Quittung auszustellen.

Das Urteil der Streikenden

Alle Streikenden sind unzufrieden mit den 3 Pfg. Lohnzulage und den »sozialen Zulagen« für Verheiratete und Kinder unter 14 Jahren. Die Kritik an der Streikführung äußert sich in den mannigfaltigsten Formen. Das allgemeine Gefühl des Verratenseins wurde spontan ausgedrückt in einer Entschließung der Delegiertenversammlung Frankfurt am Freitag, dem 20. September. Der Abbruch des Streiks wurde scharf verurteilt und die Entfernung der dafür Verantwortlichen von ihren Gewerkschaftsposten gefordert. Alle, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose, stimmten für diese Mißtrauensresolution. Die Frankfurter Ortsleitung der IG Metall hat seitdem Dutzende solcher Mißtrauensresolutionen aus den Betrieben erhalten, die einstimmig oder fast einstimmig angenommen worden sind. Wir geben den Wortlaut der Resolution aus dem Torpedo-Werk:

»Die Belegschaft der Torpedo-Werke beauftragt ihren Betriebsrat, Maßnahmen zu ergreifen, um gegen den Bezirksleiter Hans Eid und den Verfasser des Artikels in den Streiknachrichten, worin das Schönberger Abkommen zur Annahme empfohlen wurde, in einer außerordentlichen Delegiertenversammlung vorgehen zu können und sie ihres Postens zu entheben. Weiter wird dem Bundesvorstand Christian Fette das schärfste Mißtrauen ausgesprochen wegen seiner Äußerung bei seinem Amerika-Besuch, daß 4,5 Millionen Gewerkschafter für die Remilitarisierung seien, ohne dazu beauftragt zu sein.«

Der Hauptbetriebsrat der Torpedo-Werke mit 2 500 Beschäftigten verlangte Abstimmung über diese Entschließung seines Betriebes auf der ersten ordentlichen Delegierten-Verammlung der IG Metall, Frankfurt, nach dem Streik, die am 11. Oktober stattgefunden hat und von 300 Delegierten besucht war. Kriegshäuser versuchte die Abstimmung zu verhindern. Er verwies auf einen vor ihm liegenden Stapel Papier, von dem er sagte, daß er fast nur gleichlautende Beschlüsse aus den Betrieben enthalte. Schenk, KPD, erklärte, Eick könne nicht abgesetzt werden, da er als Bezirksleiter Angestellter des Hauptvorstandes der IG Metall sei. Die Delegierten reagierten mit wenig schmeichelhaften Ausdrücken und erzwangen die Abstimmung über die Resolution der Torpedo-Werke, welche mit höchstens 10-15 Gegenstimmen angenommen wurde.

Bereits am Mittwochabend, dem 19. September, vor der Abstimmung über das Schönberger Abkommen durch die Streikenden hat Brümmer im Namen des Zentralvorstandes ein Rundschreiben an alle Bezirksleitungen und Ortsverwaltungsstellen herausgegeben, in dem er mitteilte, daß mit der Annahme des Schönberger Schiedspruchs durch die Tarilkommission der Streik sein Ende erreicht habe.

Die Wut der Streikenden richtet sich in der Hauptsache gegen Eick, Bank und die technischen Unterhändler der IG Metall, Kutschbach, Karl Haußer und Salm. Eick ist aber nur Strohmann von Brümmer, und die vom Zentralvorstand in den Schönberger Ausschluß Delegierten haben nur die Beschlüsse der Tarilkommission als technische Sachverständige zu vertreten und keinerlei selbständiges Urteil abzugeben.

Brümmer ist der Schieber, der im Hintergrund zu bleiben versucht und anderen die Verantwortung zuschiebt. Er hält in der Öffentlichkeit radikale Reden über »Jetzt gehts aufs Ganze«, wie in Vilbel. Bei den Verhandlungen kapitulierte er als erster vor den Unternehmern, wie z. B. in Württemberg, wo er den Vertragsabschluß gegen den Willen der großen Tarilkommission und der Bezirksleitung durchgesetzt hat. Er war schon bei dem ersten Unternehmerangebot von 2 Pfg. bereit, den Heffenstreik abzuwürgen. Seine Absicht konnte aber verhindert werden. Brümmer ist ein noch unfaulerer Schieber und Diktator im Vorstand der IG Metall als Freitag.

Die Streikenden empfinden auch den Abbruch des Streiks als Verrat wegen der Schiebung bei der Abstimmung. Der Vermittlungsvorschlag wurde von allen für den Streik entscheidenden Betrieben abgelehnt: in Frankfurt mit 85%, in Offenbach mit 86%, in Rüsselsheim (Opel) mit 91%, bei der MAN Mainz-Gustavsburg mit 93%. Nur im Kasseler Notstandsgebiet stimmten 66% für Ablehnung des Angebots und damit für die Fortsetzung des Streiks.

Bei der Streikauslösung stimmten von den rund 135 000 Mitgliedern der heffischen IG Metall 104 510 ab, 93 243 stimmten davon für den Streik. Die Gewerkschaftsführung berechnete den prozentualen Anteil der für den Streik Stimmenden von den abgegebenen Stimmen, da bei einer Berechnung nach der Zahl der Stimmberechtigten keine Dreiviertelmehrheit für die Streikauslösung vorhanden gewesen wäre. Bei der Urabstimmung über die

Streikweiterführung (f. S. 16/17) wäre nach der gleichen Berechnungsweise der Vermittlungsvorschlag mit 81prozentiger Mehrheit abgelehnt worden. Durch Beziehung auf die Zahl der am Streik Beteiligten erhielt man nunmehr 63,3% für die Ablehnung des Vermittlungsvorschlags.

Die Statuten der IG Metall (sprechen in Bezug auf die Streikabstimmungen von »in Betracht kommenden Mitgliedern«). Sie legen nicht fest, ob $\frac{1}{4}$ der abstimmenden oder der am Streik beteiligten Mitglieder die sachungsmäßig ausschlaggebende Mehrheit bilden. Aber da bei der Auslösung des Hessen-Streiks die Zahl der abstimmenden Mitglieder als Grundlage angenommen wurde, ist das völlig willkürliche Zurückgreifen auf die Gesamtzahl der am Streik Beteiligten eine offene Schiebung gewesen, um den Streik zu köpfen. Indem man die Urabstimmung kurzfristig durchpeitschte, nahm man einem beträchtlichen Teil der Arbeiter die Möglichkeit, abzustimmen. Das hatte seinen guten Grund, denn jede Stimmenthaltung zählt bei dem Berechnungsverfahren nach der Beteiligtenzahl automatisch für die von der Gewerkschaftsführung unterbreiteten Vorschläge.

Die Lehren

Bei der berechtigten Entrüstung der Streikenden, die zweifellos von einer Mehrheit der Mitglieder der IG Metall geteilt wird, darf es nicht bleiben. Mit Schimpfen auf die Bonzen können die Ursachen des Mißerfolges nicht beseitigt werden. Es gilt, die notwendigen Lehren aus den gemachten Erfahrungen zu ziehen und dafür zu sorgen, daß es künftig besser gemacht wird. Strategie und Taktik der Streikführung lernt die Arbeiterklasse nicht aus Büchern, sondern nur im Kampf selbst. Der Streik der Metallarbeiter in Hessen beweist, daß weder die obere Führung noch die Mitglieder in den Betrieben die Kunst der Streikführung meistern. Von den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften der Bundesrepublik anzunehmen, daß sie Streiks erfolgreich vorbereiten und führen könnten, auch wenn sie ehrlich wollten, heißt zu vergessen, daß dies im Widerspruch steht zu ihrer Doktrin der Zusammenarbeit mit den »Sozialpartnern«. Wenn man auf diesem Standpunkt steht, kann man keinen rückichtslosen Kampf für die Interessen der Arbeiter führen. Wenn die Interessen der Unternehmer als »Sozialpartner« berücksichtigt werden sollen, dann muß man sich auf das Feilschen mit ihnen über den »gerechten Anteil am Sozialprodukt« beschränken.

Fassen wir nun die Lehren des Hessen-Streiks zusammen:

1. Der hervorragende Kampfwille der Arbeiterschaft wurde durch den vierwöchigen, einmütig und diszipliniert geführten Streik bewiesen, an dessen Ende immer noch 80% der abstimmenden Gewerkschafter für das Weiterkämpfen waren. Das war die beste Antwort auf die vordem landläufige Bürokratenparole, daß die Arbeiter nicht kämpfen wollen.

2. Der Kampf ist der beste Organisations- und Schulungskursus für die Masse der Unorganisierten. Die Milchmädchenrechnung der Instanzen, wieviel Prozent der Arbeiter erst organisiert werden müßten, damit wir kämpfen

könnten, wird schlagend widerlegt durch die Tatsache, daß überall zahlreiche Unorganisierte den Gewerkschaften während des Streiks beitraten. Hier sehen sie plastisch den Nutzen der Organisation.

3. Der sogenannte »Soziallohn«, wonach der Familienvater nach der von ihm produzierten Kinderzahl, nicht aber nach der von ihm geleisteten Arbeit entlohnt wird, ist ein Gericht aus der faschistisch-ständestaatlichen Küche, das die Arbeiter scharfstens ablehnen müssen. Die Unternehmer bedienen sich dieser Waffe, um die verheirateten gegen die ledigen - gewöhnlich kampfgewilltesten - Arbeiter auszuspielen. Die Kinderbeihilfe läßt für sie die Bedeutung einer zu erringenden Lohnerhöhung zurücktreten. Es soll damit die Bildung eines streikunlustigen Elementes im Betrieb gefördert werden. Zum gleichen Zwecke treten die Unternehmer jetzt für die Bildung von Familienkassen ein, die sie selbst verwalten wollen.

Es ist ein Skandal, daß die IG Metall sich auf derartige gelbe Prozeduren einließ.

4. Den Arbeitern wurde der Charakter des Staatsapparates als Unterdrückungsmaschine der herrschenden Klasse drastisch vorgeführt. Die SPD-Landesregierung hat den Streikenden nicht geholfen und konnte das an der Spitze eines bürgerlichen Staatsapparates auch nicht. Was sie bot, war Zwangsschlichtung, Polizeiknüppel und Wasserkanonen. Die SPD führte eine anmutige Komödie mit verteilten Rollen auf: als Partei »solidarisierte« sie sich mit den Streikenden, als Inhaberin der Regierungssessel war sie Kapitalsbüttel, und ihre Genossen in den Gewerkschaften führten die 3-Pig-Plette herbei.

In Hessen ist das Mitbestimmungsrecht »gesetzlich verankert«. Was das wert ist, zeigte die Praxis: nichts. Wurde der bürgerliche Staatsapparat (Polizei, Steuerbehörden usw.) gegen die Unternehmer aufgeboten? Nein, dies widerspricht seinem Charakter.

Dagegen schützte die SPD die Streikbrecher, indem sie mit dem Verfassungsartikel »Recht auf Arbeit« herumfudtelte.

5. Hinter der hessischen Metallindustrie stand das gesamte deutsche Unternehmertum. Das ist nicht anomal, wie die Gewerkschaftsführung versicherte, sondern in jedem kommenden großen Kampf der normale Stand der Dinge. Daher muß die Arbeiterklasse die ganze Wucht ihrer 5 1/2-Millionen-Organisation in die Waagschale werfen. Damit verwandelt sich der Lohnstreik von selbst in einen politischen Kampf, in dem die Pfennigfrage in den Hintergrund tritt und Regierung, Parlament, Parteien, Presse usw. sich einmischen. Diese Sachlage erfordert den Einsatz aller politischen und gewerkschaftlichen Machtmittel des Proletariats. Im Hessen-Streik war in diesem Sinne die Einbeziehung der ebenfalls tariflosen Metallarbeiter der eisen-schaffenden Ruhrindustrie der entscheidende Angelpunkt des Sieges. Statt dessen ließ man die nordhessischen Notstandsgebiete mit 40% Kurzarbeit mitstreiken, um die schwache Stelle zu schaffen, die für den Streikabbruch ausschlaggebend werden sollte.

6. Im Auge zu behalten sind für die künftigen Kämpfe die bürokratischen Schiebungen, gegen die es sich vorzubereiten gilt. Besonders ist hier zu

beachten, daß die Urabstimmungen überraschend durchgeführt und zweideutig formuliert wurden, ferner daß der Vorstand zur Streikweiterführung eine 75-%-Mehrheit aller am Streik beteiligten Gewerkschafter verlangte, bei der Streikauflösung sich aber mit einer 3/4-Mehrheit aller Abstimmenden begnügte.

7. Die KPD-Parole »Weiterstreiken unter selbstgewählten Streikleitungen« wurde weder von ihren Urhebern noch von den Arbeitern ernst genommen. Um gegen und über die Bürokraten hinweg weiterzustréiken, ist eine tiefe organisatorische Verwurzelung der klassenbewußten Gewerkschafter im Betrieb und in den Gewerkschaftsorganisationen unbedingte Voraussetzung, wie die englischen Erfahrungen zeigen. Ohne eine solche - und in Hessen bestand sie nicht - handelt es sich um Maulheldentum reinsten Wassers.

Aber selbst wenn man Teile der Metallarbeiterchaft zum Weiterkämpfen hätte bringen können, wäre dies sehr gefährlich gewesen, weil der auf Hessen beschränkte Lohnstreik sich totzulaufen drohte. Die Unternehmer der eisenverarbeitenden Industrie sitzen zum Unterschied von der eisenschaffenden Ruhrindustrie am längeren Arm des finanziellen Hebels.

Um unter diesen Bedingungen sich erfolgreich gegen das Kapital durchsetzen zu können, muß man in den Gewerkschaften schärfere Waffen als den reinen Lohnkampf mit Streikpostenstreichen propagieren. Hier wären zu nennen:

Betriebsbefehlungen durch die streikenden Arbeiter.

Betriebsrätevollversammlungen zur Beratung und Organisierung von Solidaritätshandlungen.

Solidaritätsmaßnahmen in den nichtbestreikten Betrieben wie z. B. Überstunden- und Akkordsperré, wo dies wirksam ist; Einlegen von befristeten Solidaritätstreiks usw.

Massendemonstrationen der gesamten Arbeiterchaft der bestreikten Städte, Gebiete, Länder.

Organisierung von Gewerkschaftskundgebungen und -versammlungen im ganzen Lande zur Streikunterstützung.

8. Die wichtigste Lehre des Hessen-Streiks ist die erschütternde Ohnmacht der überwältigenden Masse der kampfgewillten Arbeiter angesichts eines Häufleins Gewerkschaftsbürokraten, die ihnen ihren Willen aufzwingen können, den Streik abzubrechen. Die kleine Garde der Spitzenfunktionäre bringt dieses Kunststück nur aus einem einzigen Grunde fertig: **sie ist organisiert und handelt organisiert.** Damit vertausendfacht sie ihre Kraft, wie der schwächste Mensch am Ende eines genügend langen Hebels Titanenkräfte in Bewegung zu setzen vermag. Nur weil diesem reformistischen Gewerkschaftskader eine zwar wütende, aber organisatorisch formlose Mitgliedermasse gegenüberstand, gelang es Eick, Kriegshäuser, Brümmer & Co., ihren Streich zu spielen.

Die Leitgedanken der Gewerkschaftsspitzen sind die Grundursachen des Verfalgs von oben. Aber unten sind kaum geringere Fehler gemacht worden. Die Mitglieder haben bisher den Spitzen erlaubt, in ihren Gewerkschaften zu schalten und zu walten, als ob es sich dabei nicht um ihre Lebensfragen

gehandelt hätte und tagtäglich handelt. **Das muß geändert werden.** Der Boden ist jetzt aufgelockert. Alles hängt jetzt davon ab, ob der klassenbewußte Teil der einfachen Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben fähig ist, die unzufriedenen Gewerkschaftsmitglieder und unorganisierten Arbeiter zu wirklich klassenbewußten Gewerkschaftern umzuformen. Damit muß sofort begonnen werden. Die Spitzen haben den Streik in der Mitgliedschaft gar nicht vorbereitet. Von oben wurde die Urabstimmung beschlossen und der Streikbeginn festgelegt. Der erste Schock trat bei den Streikenden ein, als unvermittelt verkündet wurde, daß die Angestellten nicht mitstreiken sollten, obgleich man sie mit abstimmen ließ. Das Ergebnis der Abstimmung bei den Angestellten war erfreulich günstig.

Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß die Zahl der Streikenden oder die Einbeziehung der Angestellten ausschlaggebend und unter allen Umständen richtig ist. Aber unbedingt notwendig ist es, daß solche Fragen **vor dem Streik** mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Betriebsräten beraten und beschlossen werden. Das haben die Spitzen nicht getan und die Mitglieder nicht mit genügender Energie gefordert. Das hatte zur Folge, daß es unten in den Betrieben wirkliche Streikleitungen nicht gab, sondern nur spontan improvisierte Leitungen, die, da sie über Absichten und Taktik nicht informiert waren, sich darauf beschränkten, Streikposten zu stellen und Stempelstellen einzurichten. Das sind Unterlassungsfünden von oben und unten, die zu dem unglücklichen Ausgang des Streiks wesentlich beigetragen haben.

Das Flugblatt, das die Annahme der Schönberger Abmachungen empfahl, war formal korrekt. Es wies darauf hin, **daß für die Entscheidung allein die Kolleginnen und Kollegen maßgebend sind.** Nur weil keine wirklich funktionierenden Streikleitungen in den Betrieben und Orten vorhanden waren, die Sorge treffen konnten, daß alle Streikenden über die Abstimmung rechtzeitig benachrichtigt und zur Stimmabgabe veranlaßt werden konnten, stimmten 19 Prozent der Streikenden nicht ab. Wäre der Trick der Bürokratie gelungen, wenn unten überall funktionierende Streikleitungen vorhanden gewesen wären?

Die Frankfurter Gewerkschaftsdelegiertenversammlung am 11. Oktober, die gegen wenige Stimmen die Resolution aus dem Torpedo-Werk angenommen hat, beweist, daß die Möglichkeit besteht, die notwendigen Änderungen durchzuführen, - Änderungen in der personellen Zusammensetzung der oberen Leitung und vor allem der entschiedenste Kampf gegen die verhängnisvolle Gewerkschaftspolitik, die auf ihrer Arbeitsgemeinschaftsdoktrin aufgebaut ist. Das ist keine lokale Angelegenheit der Frankfurter oder der Metallarbeiter Hessens allein. Die notwendigen personellen und noch mehr die notwendigen gewerkschaftspolitischen Änderungen können nur durch einen Verbandstag beschlossen und dann durchgeführt werden. Die Delegiertenversammlung in Frankfurt sowie größere Betriebe müssen engeren Kontakt halten und die notwendigen Schritte einleiten, um in allen Ortsgruppen der IG Metall die Streiklehren zur Diskussion zu stellen, damit Delegierte zum Verbandstag gefandt werden, die den Willen der Mitglieder zum Ausdruck bringen und

durchsetzen. Wenn dies geschieht, dann wird aus dem völlig ungenügenden Resultat des Kampfes ein Sieg, der bedeutender ist als 3 oder 12 Pfg. Lohn-erhöhung. Es ist nicht weniger als der Kampf um die Umwandlung der IG Metall aus einer Arbeitsgemeinschaftsmaschine in eine Kampfgewerkschaft der Mitglieder, die fähig ist, ihre Interessen wirksam zu verteidigen.

Um erfolgreiche Kämpfe zu führen, müssen wir die eigene Organisation sauber machen und die reformistisch-christlichen Gewerkschaftspitzen abfägen! Schafft den linken Flügel klassenbewußter Arbeiter im DGB!

Ende Oktober 1951

**Als unentbehrliches Rüstzeug
für jeden klassenbewußten Arbeiter
empfehlen wir:**

Die Potsdamer Beschlüsse

Eine marxistische Untersuchung
der Deutschlandpolitik der Großmächte
nach dem 2. Weltkrieg

von August Thalheimer

+

Preis -,30 DM

Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg

Eine marxistische Untersuchung
von August Thalheimer

+

Preis -,40 DM

Lies
und
verbreite
die

Arbeiterpolitik

das
Blatt
der
klassenbewußten
deutschen
Arbeiter
